



**ARGE FNB OST**

ARBEITSGEMEINSCHAFT  
FLÄCHENNETZBETREIBER OST

# Wahlprüfsteine der ARGE FNB OST

---

zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

am 6. Juni 2021



Verantwortung  
für die Zukunft.

# Fragenkatalog

## 1. Rahmenbedingungen an Entwicklungen der Energiewende anpassen

Auf dem Weg der Umsetzung der Energiewende sind quantitative bzw. zeitliche Zielvorgaben der Politik wichtig, um ein gemeinsames Verständnis und damit gesellschaftliche Verbindlichkeit über die künftige Ausrichtung der Energieversorgung zu schaffen. Bund und Länder stehen vor der Herausforderung, die Umsetzung der Energiewende im gesellschaftlichen Dialog und unter Abwägung unterschiedlicher Interessen zu gestalten. Die Verteilnetzbetreiber

(VNB) begleiten den Wandel der Energieversorgung und investieren hierzu in großem Umfang. Dabei wird deutlich, dass in vielen Bereichen zwingend Anpassungen der regulatorischen Rahmenbedingungen erforderlich sind, um die politischen Ziele realisieren zu können. Die Bundesländer als Gestalter der Energiewende sind in der Pflicht, die notwendigen Anpassungen der Rahmenbedingung vorzunehmen bzw. auf diese hinzuwirken.

- 
- a) Welche energiepolitischen Vorstellungen hat Ihre Partei, um Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Wirtschaftlichkeit der Energiewende zu gewährleisten?
  - b) Für welche konkreten Maßnahmen im Land wie im Bund würde sich Ihre Partei in der künftigen Landesregierung verwenden, um den Netzausbau speziell in der Hochspannung deutlich zu beschleunigen?
  - c) Wie wollen Sie die Akzeptanz der Energiewende in Sachsen-Anhalt erhöhen?  
Welche Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe an der Energiewende stellen Sie sich vor? Welche Möglichkeiten zur Senkung Energiewende bedingter Belastungen der Netznutzer in Sachsen-Anhalt sehen Sie?
  - d) Welche Vorstellungen haben Sie, um langfristig die Wirtschaftlichkeit der Gasverteilnetze bzw. neuer Orterschließungen in der Fläche zu erhalten?

## 2. Regulierung und Finanzierung auch zur Stärkung der VNB als wesentliche Unterstützer der Energiewende nutzen

Der Erfolg und die Geschwindigkeit der deutschen Energiewende hängt entscheidend von den Stromnetzen ab. Die Energiewirtschaft beweist während der aktuellen Krise großes Engagement und schafft die entscheidende Grundlage für die Versorgung von Wirtschaft und Gesellschaft mit Strom, Gas und Wärme. Mit ihren Investitionen trägt die Energiewirtschaft nicht nur erheblich zur Erholung der Volkswirtschaft bei, sondern legt auch die Grundsteine für eine grüne Energiezukunft. Der Bundesverband der Energie- und Wasserversorgung (BDEW) hat während der Hochphase der Corona-Pandemie in Deutschland eine Studie vorgelegt, die zeigt, dass allein der Umbau der Stromerzeugung zur Realisierung des Erneuerbaren-Ziels 2030 sowie die Sicherung der Versorgung, der Ausbau moderner und klimafreundlicher Energienetze, der Aufbau öffentlicher Ladeinfrastruktur sowie der Hochlauf der

Wasserstoffwirtschaft signifikante Wachstums- und Beschäftigungsbeiträge liefern können: Die hierfür notwendigen Maßnahmen würden laut Studie Investitionen in Höhe von insgesamt 320 Milliarden Euro auslösen. Das käme nicht nur der Energiewirtschaft, sondern auch zahlreichen anderen Branchen zu Gute – von der Bauwirtschaft über den Maschinenbau bis hin zum Dienstleistungssektor.

Zusätzlich sichert die Energiebranche rund 270.000 Jobs in den verschiedenen Wirtschaftssektoren – allein in Deutschland. Die genannten Zusatzinvestitionen sorgen für eine Steigerung der wirtschaftlichen Wertschöpfung in Deutschland um jährlich rund 0,6 %. Das ist gut ein Drittel des durchschnittlichen Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren. Dafür muss die Politik Impulse setzen und Hemmnisse aus dem Weg räumen.

- 
- a) Wird sich Ihre Partei für bessere Rahmenbedingungen zur Finanzierung von Netzinvestitionen einsetzen und wenn ja, wie?
  - b) Wie ist Ihre Position zur Weiterentwicklung der Eigenkapitalverzinsung für Netzinvestitionen? Werden Sie sich für eine Anpassung des Regulierungsrahmens einsetzen?
  - c) Verwenden Sie sich beim Redispatch für eine Bewertung der Engpassmanagementkosten (EPMK) als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten (dnBK) und für eine rechtzeitige Anpassung der Anreizregulierungsverordnung (ARegV). Die aktuelle Regelung läuft im September 2021 aus.
  - d) Wie ist Ihre Position zur Verlängerung der Übergangsregelung nach § 34 Abs. 5 ARegV (Übergangssockel) über die 3. Regulierungsperiode hinaus?

### 3. Die Verteilnetze als Rückgrat und Zukunftsmotor einer nachhaltigen und regionalen Energieversorgung

Die Regionalversorgungsunternehmen sind mit dem Betrieb der Verteilnetze nicht nur das Rückgrat der so genannten Stromwende, an die sich wiederum die Sektorkopplung anschließt. Sie können mit ihrer Gasnetzinfrastruktur auch genauso wesentlicher Unterstützer bei der sukzessiven Etablierung einer Wasserstoffwirtschaft in Deutschland sein.

Als Treiber der Digitalisierung stehen dabei für uns die „intelligenten Netze“ im Vordergrund. Hierzu zählen auch Themen wie Smart Metering, Flexibilitätsplattformen und der Breitbandausbau. Für unsere Kunden entwickeln wir darüber hinaus innovative und ganzheitliche Energielösungen in den Bereichen der Elektromobilität, „grüne“ Wärme und Quartiersprodukte, Netzdienstleistungen sowie kommunale Lösungen mit spezifischem Zuschnitt bzw. generell digitalen Kundenservices.

- 
- a) Wie beurteilen Sie im Rahmen der geplanten Wasserstoffstrategie des Landes Sachsen-Anhalt die Rolle der VNB? Befürworten Sie die regulatorische Anerkennung und Förderung bei der Beimischung von Wasserstoff in bestehende Gasnetze?
  - b) Wie stehen Sie zur Einführung von Mindestanteilen von Wasserstoff in Erdgasausschreibungen?
  - c) Wie sehen Sie die Rolle der Verteilnetzbetreiber beim Roll-out der Elektromobilität und wie wollen Sie diese politisch fördern?
  - d) Wie stehen Sie zu den Herausforderungen der VNB in Bezug auf Digitalisierung vor dem Hintergrund der Bedeutung von Steuerbarkeit, Sicherheit und optimiertem Netzausbau?

## Hintergrundpapier der ARGE FNB OST zu aktuellen Themen des Verteilnetzbetriebes sowie zur regionalen Energieversorgung:

### Gemeinsam sicher. Sicher gemeinsam.

Mit der Energiewende in Deutschland findet ein Paradigmenwechsel statt. Dieser erfolgt gleichsam auf Ebene der Europäischen Union, etwa über den sogenannten Green-Deal. Die überwiegend zentrale Energieerzeugung durch insbesondere in den Lastzentren angesiedelte Großkraftwerke wird abgelöst von einer dezentralen Einspeisung in die Verteilnetze. Die VNB übernehmen somit immer größere Verantwortung im dezentralen Energiesystem und zusätzliche Aufgaben.

Die nordöstlichen Regionen nehmen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien eine Vorreiterstellung in Deutschland ein. Der Anteil der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien am Gesamtstromverbrauch liegt in der Regelzone der 50 Hertz (neue Bundesländer zzgl. Berlin und Hamburg) bei mehr als 50 %.

Die Einspeisung von Strom aus Windkraft und Sonnenenergie in die Verteilnetze ist in vielen Regionen deutlich höher als die Verbraucherlast. Zusätzlich entstehen neue Aufgaben durch die Sektorenkopplung, die Digitalisierung oder die Elektromobilität.

Politik und Regulierung sollten diesen Umständen hinsichtlich Themenpriorisierung, Handhabbarkeit gesetzlicher Vorgaben und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen auch künftig Rechnung tragen. Aus unserer Sicht kann die Energiewende unter den Kriterien Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit nur gemeinsam mit den VNB zum Erfolg gebracht werden.

In der ARGE FNB OST arbeiten deshalb die neun direkt an das 50 Hertz Übertragungsnetz angeschlossenen VNB zusammen. Mit über 13.000 Mitarbeitern in den jeweiligen Unternehmensgruppen sorgen wir dafür, dass ca. ein Drittel der Fläche Deutschlands mit Energie versorgt werden kann.

# 50 %

Anteil der Stromerzeugung  
aus Erneuerbaren Energien

## 1. Rahmenbedingungen an Entwicklungen der Energiewende anpassen

### Zu 1 a) und b) Unsere Position zum Netzausbau und zur Akzeptanz:

Die Genehmigungsverfahren, insbesondere für den 110 kV-Ausbau, sollten standardisiert, zeitlich gestrafft und digitalisiert werden, um Netzausbau und Zubau der Erneuerbaren Energien wieder in Einklang zu bringen und Verzögerungen von Ausbaumaßnahmen aufzulösen. Hier wäre die Wiedereinführung einer materiellen Präklusion auch bei umweltfachlichen Einwendungen zielführend. Die Erarbeitung eines bundeseinheitlichen Leitfadens würde einen Beitrag zur Effizienzsteigerung leisten – ebenso die Ausweitung des Anwendungsbereiches des Anzeigeverfahrens (§ 43 f EnWG) und die Standardisierung naturschutzrechtlicher Vorgaben. Gleiches gilt für eine deutliche Beschleunigung der Digitalisierung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Eine ausreichende technische und personelle Ausstattung der Genehmigungsbehörden ist hierfür eine zentrale Voraussetzung.

Bundesregierung und Landesregierungen sollten sich bei Vorhaben deutlich stärker als bisher in den öffentlichen Dialog vor Ort gemeinsam mit der Kommunalpolitik und den Akteuren (Einspeiser, Netzbetreiber etc.) einbringen. Dabei sollte klar sein und auch kommuniziert werden, dass bei übergeordneten Infrastrukturfragen wie der Energieversorgung vollumfängliche Akzeptanz i. d. R. leider nicht zu erreichen ist. Schließlich scheint es grundlegend, dass die Rahmenbedingungen zur sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger der nordöstlichen Regionen an der Energiewende nachhaltig und spürbar verbessert werden.

#### Hintergrund:

Die starke Zunahme der Einspeisung aus Onshore-Windkraft und Photovoltaik hat dazu geführt, dass die **Netzkapazitäten** gerade in der **Hochspannung** (110 kV) trotz deutlicher Optimierungen in der Bestandsnutzung zunehmend an Grenzen gelangen. Es kommt zu erheblichen Netzengpässen. In einzelnen Netzgebieten wird zum Teil vier mal mehr Energie aus Erneuerbaren Energien eingespeist, als vor Ort verbraucht werden kann. Es bedarf daher eines umfangreichen und zügigen Netzausbaus.

Gleichzeitig sinkt die gesellschaftliche **Akzeptanz** für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Stromverteilnetze. Dies ist in Teilen darauf zurückzuführen, dass der konkrete Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger, sei es in Form von Kosteneinsparungen oder wirtschaftlicher Entwicklung/Teilhabe nicht vorhanden bzw. nicht spürbar ist.

### Zu 1 c) Unsere Position zur Netzentgeltsystematik:

Eine langfristig gerechte Netzentgeltsystematik sollte eine Entlastung für die Letztverbraucher in den nordöstlichen Regionen schaffen, denn sie sind überproportional durch die hohen Kosten für den Netzausbau zur Integration der stark wachsenden erneuerbaren Erzeugung belastet. Dies könnte zum Beispiel durch eine geeignete Beteiligung von Einspeisern an den Netzkosten erfolgen.



#### Hintergrund:

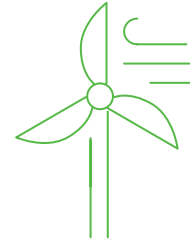
Eine wettbewerbsfähige Energieversorgung hat wesentlichen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung einer Region. Die nordöstlichen Regionen weisen bundesweit die höchste installierte elektrische Leistung aus Erneuerbaren Energien pro Einwohner auf. Der damit verbundene hohe Kostenaufwand der Netzintegration „trifft“ hier häufig flächenstaatbedingt auf einen relativ geringen Verbrauch. In Kombination ergeben sich für die nordöstlichen Regionen im bundesweiten Vergleich mit die **höchsten Entgelte** im Verteilnetz. Das Engagement der nordöstlichen Regionen für den Gesamterfolg der Energiewende in Deutschland sollte nicht einseitig zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger sowie der wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen gehen, die sich in weiten Teilen ohnehin erheblichen strukturellen Herausforderungen gegenüber sehen („gleichwertige Lebensbedingungen“).



### Zu 1 d) und e) Unsere Position zur regionalen Angleichung von Lasten und Erzeugung sowie zur Wärmeflächenversorgung:

Der Gesetzgeber sollte geeignete Maßnahmen ergreifen, damit sich das im Zuge der Stromwende in einigen Regionen starke Auseinanderdriften von Spitzenlast und installierter Leistung auf Basis Erneuerbarer Energien nicht weiter verstärkt.

Um eine wirtschaftliche Gasnetzinfrastruktur in der Fläche auch für eine etwaig künftige (anteilige) Wasserstoffversorgung zu erhalten, sind die Regulierungs- bzw. Investitionsbedingungen für Netzerweiterungen in geeigneter Weise anzupassen. Damit „Power to Heat“ beim Endkunden noch stärker genutzt werden kann, sind zudem ausreichende wirtschaftliche Anreize erforderlich.



#### Hintergrund:

In den nordöstlichen Regionen besteht in Teilen infolge des ungleichen Verhältnisses von Leistung und Last, vor allem in Starkwindphasen, ein deutlicher Stromüberschuss. Um die **Versorgungssicherheit** uneingeschränkt zu gewährleisten, sind zunehmendes Einspeisemanagement und der aufwendige Transport des Stroms in Lastzentren im Südwesten bzw. Süden Deutschlands zu jeweils volkswirtschaftlich erheblichen Kosten erforderlich.

Gleichzeitig sinkt durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen die Nutzung von Erdgas zur **Wärmeerzeugung beim Endkunden**. In flächengeprägten Regionen führt das dazu, dass Neuerschließungen für Erdgas wirtschaftlich nicht mehr darstellbar sind. Die Wärmeoptionen für die Bürgerinnen und Bürger in der Fläche verteuern sich in der Folge signifikant.

## 2. Regulierung und Finanzierung auch zur Stärkung der VNB als wesentliche Unterstützer der Energiewende nutzen

### Zu 2 a) Unsere Position zur Eigenkapitalverzinsung:

Der anstehende hohe Investitionsbedarf in den Netzen erfordert einen stabilen und verlässlichen Rechtsrahmen. Ein wichtiges Element ist dabei eine Eigenkapitalverzinsung auf einem langfristig marktgerechten Niveau.

Netzbetreiber und Investoren sind mit umfangreichen Netzinvestitionen in den vergangenen Regulierungsperioden bereits in Vorleistung gegangen und stehen vor weiteren Herausforderungen.

Die durch die Integration weiterer Wind- und PV-Anlagen, von Elektrofahrzeugen und Wärmepumpen erforderlichen Investitionen in die Stromverteilnetze lassen sich auf Basis der Annahmen einer von E.ON

in Auftrag gegebenen Studie auf rund 111 Mrd. € bis zum Jahr 2050 beziffern. Ein Ausbleiben von diesen erforderlichen Netzinvestitionen würde zu erheblichen Mehrkosten bei den Endverbrauchern führen. So könnte ein mangelnder Netzausbau laut den Berechnungen von frontier economics und der RWTH Aachen zu volkswirtschaftlichen Kosten in Höhe von bis zu 4,2 Mrd. € in den nächsten 30 Jahren führen. Um die notwendigen Netzinvestitionen tätigen zu können und volkswirtschaftliche Opportunitätskosten zu vermeiden, sind die VNB deshalb auf faire und nachhaltige regulatorische Rahmenbedingungen angewiesen. Hierzu gehört eine Eigenkapitalverzinsung **auf einem langfristig marktgerechten Niveau.**

#### Hintergrund:

Wird die aktuelle Regulierungsmethodik beibehalten, werden die regulatorischen Eigenkapitalzinssätze in der nächsten Regulierungsperiode deutlich absinken. Der sogenannte Eigenkapitalzinssatz I (bis zu einer Eigenkapitalquote von 40 %) würde sich seit Beginn der Anreizregulierung nahezu halbieren. Eine solch starke Reduktion der Eigenkapitalverzinsung ist einzigartig im Vergleich zu internationalen Regulierungsentscheidungen und deckt sich in keiner Weise mit der Erwartungshaltung bestehender und potentieller Investoren, unabhängig davon, ob sie kommunal oder industriell geprägt oder Finanzinvestoren sind.

Beim sogenannten Eigenkapitalzinssatz II (oberhalb der Eigenkapitalquote von 40 %) droht ein Strafzins, da sich der Wert aufgrund der einseitigen Berücksichtigung risikoloser Eingangsgrößen dann nahezu auf ein Viertel des Startwerts der Anreizregulierung reduzieren wird.

In den Planungsprozessen der Netzbetreiber zeichnen sich die negativen Trends heute schon ab, dies zeigt der Blick auf die Jahre ab 2023/2024. Es braucht dringend Lösungen, die das Vertrauen der Netzbetreiber wiederherstellen.

### Zu 2 b) Unsere Position zum Redispatch:

Es darf keine Benachteiligung der Unterstützer der Energiewende geben. Die Kosten für das Engpassmanagement der VNB müssen weiterhin dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten bleiben. Hierfür ist eine entsprechende Änderung der ARegV bis zum Oktober 2021 erforderlich.



#### Hintergrund:

Die Energiewende wird erheblich durch die Mittel- und Hochspannungsebene getragen, in denen ca. 70 % der EEG-Leistung angeschlossen sind. Durch den zeitversetzten Netzausbau wurden im Jahr 2019 über eine Milliarde Euro als Entschädigung für Einspeisereduzierungen geleistet. Die Maßnahmen sind erforderlich, da der Netzausbau in Hochspannungsnetzen wesentlich länger dauert und Netzüberlastungen vermieden werden müssen. Regulatorisch ist dabei der Netzausbau „nacheilend“ organisiert, um Fehlinvestitionen zu vermeiden. Die bisherige, sachgerechte Bewertung dieser so genannten Engpassmanagementkosten (EPMK) als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten in der Regulierung läuft Ende September aus. Die BNetzA spricht sich grundsätzlich für eine Behandlung der EPMK als volatile Kosten und damit eine Berücksichtigung im Effizienzvergleich der betroffenen VNB aus. Durch den regional stark unterschiedlichen EEG-Ausbau werden die VNB erheblich belastet, die bereits heute die Energiewende tragen, während die Rahmenbedingungen des Gesetzgebers für einen zeitlich koordinierten Netzausbau zum EEG-Ausbau weiterhin fehlen.

### Zu 2 c) Unsere Position zum Sockeleffekt:

Wir fordern die Verlängerung der Übergangsregelung nach § 34 Abs. 5 ARegV über die 3. Regulierungsperiode (ab 2024) hinaus, um die Refinanzierung der Investitionen der Jahre 2007 bis 2016 zu gewährleisten.



#### Hintergrund:

Um die Investitionsfähigkeit der Netzbetreiber mit Blick auf die Energiewende zu stärken, wurde ab der 3. Regulierungsperiode (2019–2023) ein jährlicher Kapitalkostenabgleich eingeführt. *[Anders als beim bisherigen Budgetprinzip wird die Erlösobergrenze jährlich um einen zu beantragenden Kapitalkostenaufschlag für Neuinvestitionen erhöht bzw. um einen Kapitalkostenabzug für Bestandsanlagen gemindert.]*

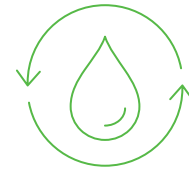
Dieser jährliche Abgleich hat aber auch zur Folge, dass die Netzbetreiber, die in den vergangenen Regulierungsperioden umfangreich investiert haben, diese Investitionen nicht mehr zurückverdienen können. Um hier einen Ausgleich zu schaffen, wurde in der novellierten Anreizregulierungsverordnung (ARegV) 2016 festgelegt, dass diese positiven Rückflüsse (Sockeleffekte) aus Investitionen, die zwischen 2007 und 2016 (Strom) bzw. 2007 und 2015 (Gas) getätigt wurden, übergangsweise in der 3. Regulierungsperiode einbehalten werden können. Die Übergangsregelung ist für das Vertrauen in die Stabilität und Verlässlichkeit des Regulierungsrahmens notwendig. Der Bundesrat hatte der Bundesregierung zugleich aufgetragen, auf Basis der Kostenprüfung für die 3. Regulierungsperiode zu prüfen, ob eine Verlängerung dieser Regelung auf die 4. Periode auszudehnen ist. Auf dieser Basis sollte nachzuweisen sein, dass einige Netzbetreiber auch in nachfolgenden Regulierungsperioden noch eine erhebliche Kostenunterdeckung aufweisen werden. Eine zügige Befassung ist dringend erforderlich.

### 3. Die Zukunft der Verteilnetze als DSO 2.0?

#### Zu 3 a) Unsere Position zur Wasserstoffwirtschaft:

Wasserstoff hat das Potenzial, einen Quantensprung der Energiewende auszulösen und zu einer weiteren tragenden Säule der Transformation zu werden.

Der Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft kann gerade jetzt einen Investitionsschub in nachhaltige und klimafreundliche Technologie auslösen und als Teil eines möglichen Konjunkturprogramms gegen drohende Rezession und Wohlstandsverluste wirken. Um das zu erreichen, müssen alle schon getätigten Investitionen und nutzbaren Ressourcen, wie die Erdgastransportnetze, die Erdgasverteilnetze und die Endgeräte zur Energieumwandlung so weit wie möglich eingebunden werden, um ein volkswirtschaftliches Optimum zu erreichen.



#### Hintergrund:

Die Wasserstoffherzeugung sollte dezentral so bemessen sein, dass genau dort, wo überschüssiger regenerativer Strom erzeugt wird, dieser ohne Stromtransporte vor Ort in Wasserstoff umgewandelt wird und an die heutige Erdgasinfrastruktur übergeben wird. Sektorkopplungstechnologien können die Volatilität der erneuerbaren Stromerzeugung ausgleichen und dabei die Systemintegration des erneuerbaren Stroms in allen Sektoren vorantreiben. Wasserstoff aus Power-to-Gas-Verfahren kann über die bestehende Gasinfrastruktur transportiert, gespeichert und flexibel genutzt werden und leistet somit einen Beitrag zur Versorgungssicherheit in einem zunehmend auf erneuerbare Stromerzeugung ausgerichteten Energiesystem.

### Zu 3 b) Unsere Position zu Digitalisierung im Verteilnetz (Smart Meter/Steuerung):

Die VNB sehen in der Digitalisierung die Chance, die Versorgungssicherheit und die Effizienz im Netzbetrieb für die Kunden nicht nur dauerhaft zu gewährleisten, sondern künftig noch weiter zu steigern. Dabei ist die Digitalisierung gleichsam Voraussetzung, die Herausforderungen der Stromwende, die von dezentraler, volatiler und häufig verbraucherferner Einspeisung bei gleichzeitig deutlich nachlaufendem Netzausbau geprägt ist, nachhaltig zu meistern. Die VNB fungieren dabei als wesentliche Treiber von Innovationen und als Technologie-Vorreiter, sei es z. B.

bei Netzleitsystemen, optimierter Netzauslastung, intelligenten Ortsnetzstation oder Smart Meter. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass auch bezüglich der Digitalisierung der rechtliche bzw. regulatorische stets so ausgestaltet ist bzw. weiterentwickelt wird, dass die VNB ihre Innovations- und Investitionskraft vollumfänglich entfalten können. Hierzu gehört ebenso, dass die Politik die erforderlichen Grundlagen dafür schafft, dass eine adäquate technologische Vielfalt sowie ausreichende Dienstleistungskapazitäten am Markt verfügbar sind.

#### Hintergrund:

Die VNB stehen gemeinsam vor der Herausforderung, Änderungen der letzten Novellierung des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes (NABEG) umzusetzen.

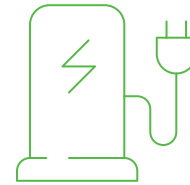
Es geht hierbei im Schwerpunkt darum, durch Einspeiseprognosen und mehr Steuerung die Entstehung von Netzengpässen möglichst im Vorhinein zu vermeiden, anstatt Einspeisung abzuregeln. Der Gesetzgeber hat im NABEG festgelegt, dass zukünftig auf sämtliche Anlagen zur Erzeugung oder Speicherung von elektrischer Energie mit einer Nennleistung ab 100 Kilowatt zurückgegriffen werden kann, um absehbare Engpässe im Stromnetz möglichst erst gar nicht entstehen zu lassen. Gleichzeitig wird die Einspeisung zunehmend dezentraler und kleinteiliger. Beide Entwicklungen ziehen organisatorische und technische Anpassungen sowie die Weiterentwicklung der Netzleittechnik nach sich.

Im Projekt „Connect+“, das im Jahr 2019 gestartet ist, entwickeln die VNB gemeinsam einheitliche Lösungen zur Datenverteilung. Damit soll der Datenaustausch zwischen Marktteilnehmern und Netzbetreibern beim Engpassmanagement koordiniert werden. Die zentrale Datenverteilung soll einen einheitlichen Datenweg für Datenlieferungen zwischen Netzbetreibern sowie Marktteilnehmern sicherstellen. Dazu werden zunächst wesentliche Spezifikationen wie Schnittstellen und Formate erarbeitet und festgelegt. Darüber hinaus sind jeweils unternehmensinterne Spezifikationen für den Redispatch nötig. Hinzu kommen notwendige Anpassungen der Netzleittechnik, die einen wesentlichen Beitrag zur Berechnung der notwendigen Netzverstärkung in Abhängigkeit von der tatsächlichen Netzauslastung und bei der Berechnung von zu erwartenden wetterabhängigen kurzfristigen Grünstromeinspeisungen leisten muss.

### Zu 3 c) Unsere Position zu Elektromobilität:

Elektromobilität ist eine der wichtigen Antriebsformen der Zukunft, deren Ausbau wir als Netzbetreiber aktiv begleiten. Elektromobilität ist nicht ohne Sektorkopplung denkbar. Gleichzeitig kann Strom-Verkehr einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz leisten. So treten die VNB mit einer zukünftigen Aufgabe auch hier in eine entscheidende Rolle für das Gelingen der Energiewende.

Unsere Netze bereiten sich auf den Hochlauf vor, dafür sind aber auch weiterhin Netzinvestitionen nötig, die gesichert sein müssen. Aus Sicht der VNB kann die Möglichkeit, flexible Verbraucher – wie grundsätzlich auch bei den Ladevorgängen von Elektrofahrzeugen gegeben – bei Bedarf lokal und zeitlich begrenzt abregeln zu können, einen Beitrag zum optimierten Netzausbau leisten.



#### Hintergrund:

Laut Kraftfahrzeugbundesamt steigt die Zulassung von Elektrofahrzeugen deutlich an. Während Anfang 2019 erst rd. 83.000 E-Autos in Deutschland zugelassen waren, ist diese Zahl Anfang 2020 um 64 % (auf rd. 137.000) gestiegen. Der Anteil dieser E-Autos beträgt damit zusammen 0,5 % am Gesamtfuhrpark in Deutschland. Allein diese Zahlen machen deutlich, dass eine gewünschte Vervielfachung des Einsatzes von Elektrofahrzeugen nicht ohne Infrastrukturanpassungen möglich sein kann. Netzdienliche Steuerung der Ladevorgänge können Netzausbau optimieren und Übergangslösungen schaffen. Eine marktorientierte Steuerung kann zu einer erheblichen Zunahme in der Netzbelastung führen, hier muss bedarfsweise eine Gegensteuerung durch Netzbetreiber möglich sein.

